

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk. — Durch die Post bezogen nur bis 31. März) vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauhaus Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18608.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Petitzeile 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Familiennachricht 1.40 Mk. Die Reklame-Petitzeile 0.25 Mk. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaus Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Straßburg für die revolutionäre Internationale.

Kein bedingungsloser Anschluß an Moskau.

Der Beschluß des französischen Sozialistenkongresses zur Internationale.

Straßburg, 2. März. (Z.N.) Bei der Abstimmung über die Frage des Beitritts zur 2. oder 3. Internationale auf dem Sozialistenkongress erhielt die Richtung Louque's, die für den langsame Anschluß an die dritte Internationale eintritt, die Mehrheit von 3900 Stimmen, die Richtung Vorlot, die für den bedingungslosen unverzüglichen Eintritt in 2020 Stimmen, und die Richtung Blum, die sich von der Richtung Louque's nur durch geringe Nuancen unterscheidet, 730 Stimmen. Die Richtung Renaudel sah sich genötigt, ihre Resolution zurückzuziehen. Durch die Abstimmung ist die Einigkeit der französischen sozialistischen Partei gewahrt, die für den Anschluß an die dritte Internationale eintritt. Dieser Anschluß ist jetzt beschlossene Sache, wenn auch Vorlots Meinung nicht die Mehrheit erhielt.

Der Kommentar, den die L.-V. der Meldung gibt, bedarf wesentlicher Ergänzung. Der Beschluß bedeutet, daß sich die Mehrheit der französischen Genossen dem Standpunkt unserer Partei auf dem Leipziger Parteitag darin angeschlossen hat, daß sie einen allgemeinen Kongress aller revolutionären Arbeiterparteien fordert, der eine revolutionäre Internationale unter Einfluß der Parteien der 3. Internationale aufbauen soll. Der sofortige, bedingungslose Anschluß ist abgelehnt worden.

Wir begrüßen den Beschluß der französischen Bruderpartei. Er unterstützt unsere Arbeit für den Aufbau einer revolutionären Internationale, er verurteilt die Auswüchse, die Vereinigung aller revolutionären Arbeiterparteien zu erzielen. Und er ist eine Rechtfertigung derjenigen Genossen die in Leipzig dem sofortigen, bedingungslosen Anschluß an Moskau widersprachen.

Eine Notbrücke für Moskau?

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtmeldung der V. N.) Die Mehrheit der Nationalversammlung einschließlich der Reichstagsfraktion hat sich gestern einer kräftigen Erklärung ausgesprochen gegen einen himmelführenden Verfassungsvertrag und gegen die Gefahr ungeschlichteter Todesurteile. Sie hat den Antrag unserer Partei, die gegen die Verfassung in der schlimmsten Weise verstoßende Unterverordnung des Generals Datter beim Reichsminister Roste über den Regierungsbereich Pilsener sofort aufzuheben, nicht für die Dienststellung zu verlassen, sondern auf den Mittwoch verschoben. Angeblüh, weil die Sache sorgfältige Prüfung erfordere. Wieso hier noch eine Prüfung notwendig sein soll, ist absolut nicht einzusehen, da ein einziger Akt in die Reichsverfassung genügt, um festzustellen, daß der Ausnahmestand nicht besteht und die Bestimmungen des Strafgesetzbuches aufzuheben. Die Sachlage ist so klar wie nur möglich und der angebliche Grund der Verschiebung kann nicht der wahre sein. Es wird denn auch in Angelegenheiten davon gemunkelt, daß die Reichstagsfraktion den Aufschub verlangt haben, um ihrem geliebten Roste Gelegenheit zu geben, die ungeschlichtete, verfassungswidrige Verordnung noch schwebend vor der Verhandlung des Antrages aufzuheben. Wir müßten es aber dahingestellt sein lassen, ob diese Auffassung der Regierungsparteien nicht noch zu klären ist.

Die Vorbereitung für den Unfall.

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtmeldung der Leipziger Volkszeitung.) Der Vorwärts schreibt über die gestrigen Beratungen der sozialdemokratischen Partei. Die sozialdemokratischen Fraktionen der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung beschäftigten sich gestern abend in einer gemeinsamen Sitzung mit der Frage der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Staate und der vor-maligen Krone. Die übereinstimmende Meinung der allermeisten Redner ging dahin, daß das Vermögen der Hohenzollernfamilie als Eigentum der Allgemeinheit zu betrachten sei, die der Familie Hohenzollern überhaupt keine Entschädigung schulde. Man gab sich keinem Zweifel darüber hin, daß weder von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung, noch von jener der Landesversammlung eine Anerkennung des grundsätzlichen sozialdemokratischen Standpunkts zu erwarten sei. Über selbst mit Rücksicht auf die gegebenen Mehrheitsverhältnisse kann nach der übereinstimmenden Meinung beider Fraktionen auf keinen Fall dem vorgeschlagenen Vergleich zugestimmt werden, der ungeheure Vermögenswerte in der Hand der vormals regierenden Familie beläßt.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß an dem unglücklichen Unfall des Ausgleichsvertrages die Rechtslage

sei und daß man sich deshalb schlüssig geworden wäre, eine Änderung des § 153 der Reichsverfassung zu beantragen. Der Vorschlag dürfte, so schreibt der Vorwärts, von der Landesversammlung einem Ausschuss überwiesen werden. Man hofft, mittlerweile auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien davon überzeugen zu können, daß der vorliegende Vergleichsvorschlag auf keinen Fall Gesetz werden darf.

Wir sehen daraus, daß diesen großen Worten keine oder richtiger entgegengelegte Tatsachen folgen werden. Auf der Bezirkskonferenz der Groß-Berliner Organisation der Reichstagsfraktion ist freilich, wie wir gestern schon mitteilten, sogar noch schärfer geredet worden. Die Resolution, die dort gefaßt wurde, spricht aus, die Übernahme auch nur einer indirekten Verantwortung der Sozialdemokratie für die letzte Vorlage, falls sie gegen ihre Stimmen von den bürgerlichen Parteien beschlossen werden sollte, sei völlig unmöglich und in diesem Punkte das Ausschließen der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung die selbstverständliche Konsequenz.

Ob diese kirchliche Drohung auf die bürgerlichen Mehrheitsparteien den gewünschten Eindruck machen wird, bezweifeln wir angesichts der Tatsache, daß dieselbe Versammlung über eine Resolution aus Reichenbach beschloß, in der der Vorwärts-Prozess verurteilt, die Verhaftung der Schuldigen durch ein Volksgericht verlangt und erklärt wurde, daß „Genosse Roste nicht mehr das Vertrauen“ der Partei besitze. Man ging über diesen Antrag einfach zur Tagesordnung über.

Eine Partei, die Roste ihr Vertrauen vollert, wird sich nicht in der Koalition schwerlich scheren können.

Das Gewaltregiment in Ostpreußen.

Berlin, 2. März. (Eigene Drahtmeldung der V. N.) Der Reichstag hat ein dringendes Telegramm des Militärbefehlshabers von Ostpreußen zu, in dem dieser im Einvernehmen mit dem Zivilkommissar für den Bezirk I den Vertrieben und die Verbleibenden der in Ostpreußen verbliebenen Bevölkerung Freiheit, Ruhe, Ruhe und Welt am Montag verspricht, und zwar von ihrem Ausbruch zum Ausbruch versprechend und damit die öffentliche Sicherheit gefährdeten Inhalts. Das Verbot wird für die Dauer von vier Wochen ausgesetzt.

Die Reichstagsfraktion weiß davon, daß der Reichstagsfraktion in dem Reichstagsbereich Ostpreußen bewacht ein Reich für sich treibe. Denn unter den Augen des schrecklichen Roste seien die in dem Telegramm genannten Mittel nicht verboten. Der Zivilkommissar mit dessen Genehmigung hat Roste ausgesprochen wurde, sei Herr Roste. Das besagt alles.

Nach einer Meldung des Sozialisten ist in Hamburg die kommunistische Arbeiterzeitung auf vier Wochen verboten, weil das Wort fortgesetzt gegen die Regierung die öffentliche Ordnung und die öffentliche Sicherheit auf schärfste gefährde.

Wir haben das Gewaltregiment in Ostpreußen, das sich gegen die Unabhängige Sozialdemokratie richtet, bereits gestern an der Hand einer Meldung gekennzeichnet. Das Verbot der drei Wäcker pakt in dieser Richtung. Es ist das verflämerte Sozialistengesetz, verantwortet und ausgeführt von sogenannten Sozialdemokraten!

Eine deutsche Protestnote.

Die deutsche Friedensdelegation hat an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen eine dringende Note wegen Verletzung der Versäumnisse der Truppenbesitzer über die Aufhebung der Besatzung und Waffensicherungen in den besetzten Gebieten des Rheinlandes gerichtet, da infolge dieser Maßnahmen Deutschland mit unzulässigen Exzessen überschritten und die öffentliche Sicherheit gefährdet werde.

Französische Truppen für Konstantinopel.

Marseille, 2. März. (Lavas.) Die Austria wird heute abend mit 1500 französischen Truppen an Bord nach dem Orient abfahren. Die Truppen werden in Konstantinopel ausgeschifft.

Die Adria-Frage.

London, 20. Februar. (Reuter.) Daily Mail meldet, daß die Briten und Italiener um eine freundschaftliche Regelung der britischen Streitfrage zu erzielen, in mittelbaren Gedankenaussetzungen getreten sind. Man erwartet eine baldige Lösung.

Paris, 2. März. Daily Telegraph berichtet, Präsident Wilson habe in der Adriafrage eine Zusatznote abgelehnt.

Türkisch-arabischer Erfolg in Syrien.

Amsterdam, 1. März. Die englischen Blätter bringen ein Telegramm aus Kairo über die Kämpfe in Syrien, nach dem die Türken und Araber Misrabele gewonnen haben.

Ueber die „Reorganisation“ der Eisenbahnwerkstätten.

wird und aus Eisenbahnkreisen geschrieben: Nach Ansicht des preussischen Eisenbahndirektors Defer tragen einzig und allein die Arbeiter die Schuld, daß der Bestand an Maschinen nicht auf dem schnellsten Wege die notwendige Höhe erreicht, um den Transport der Lebensmittel sicherzustellen. Diese Behauptung zeichnet sich durch völligen Mangel an Beweiskraft aus. Auf die Ursachen der für manche Betriebe sicher bis zu einem gewissen Grade zurechenbaren Unrentabilität einzugehen, läßt man sich wohlweislich, weil dadurch zum Ausdruck kommen würde, daß das jetzige System die Ursache des Zusammenbruchs ist und nicht die „Krautheit“ der Arbeiter. Nachgeprüft muß aber werden, ob ein Direktor überhaupt berechtigt ist, erneut 14 Haupt- und Nebenwerkstätten so ohne weiteres zu schließen, zumal dabei Betriebe in Frage kommen, deren Produktion in den letzten Monaten gesteigert worden ist, und in denen trotz radikaler Kürzungen keine „Streikgefahr“ bestand. Gewiß mag es vorkommen sein, daß da und dort vielleicht ein Teil der älteren Betriebe nicht so gearbeitet haben wie man es von früher her gewohnt war, aber demgegenüber steht doch fest, daß die alten Betriebsräte sich seit dem Tage der Revolution nicht um die jetzt als so dringend hingestellte Reorganisation der Eisenbahnbetriebe kümmern. Trotz energischer Druckes der Organisationsvertreter sind keinerlei Vorbereitungen getroffen worden. In dieser Tatsache vermag selbst das „Nutzlose“ Material zum „Beweis“ der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe nicht zu rütteln.

Organisationsvertretern, die ihre Betriebe besser kennen als mancher Geheimrat den Inhalt seiner Aktenstücke, glaubt man „oben“ einfach nicht. Man geht sogar soweit, zum Ausdruck zu bringen, daß die Organisationen für Eisenbahner keinerlei Bedeutung mehr haben, denn man lehnte jede Verhandlung über die zu erzielenden Maßnahmen bei Schließung der Betriebe ab und verwies sogar kurz und bündig auf das Bundesrecht. Dafür wird der sonst als „wild“ bezeichnete Direktions-M-Rat auf einmal anerkannt. Als hätte es eine furchtbare Gefahr abzuwehren, werden die Betriebe und Verwaltungsgebäude mit starken Truppenabteilungen und zahlreichen Maschinenbewehrungen besetzt, wodurch die Arbeiterschaft bis zur Erbitterung gereizt wird. Ueber allem schwebt der unabhäugbare Minister und unfehlbare Reichskämmerer. Er, der Gewalttätige, hat „entschieden“ über den weiteren Gang der Produktion und die Zahl der Arbeiter zu beschließenden Eisenbahner. So steht es in jedem Erlass der Reichsregierung.

Was sagt in dieser ersten Stunde der Beirat Brunner zu der auf höheren Befehl vorgenommenen erneuten Schließung von 14 Eisenbahnwerkstätten? Was tut er in dem Augenblick, in dem das Ministerium die letzten Vorbereitungen für den neuen Schlag gegen die Eisenbahner läßt, auf Reisen im Rheinland? Oder sollte er etwa gar seine Hand mit im Spiele haben? Jedenfalls dürfte es dem „alten Eisenbahner“ auf der nächsten Generalversammlung nicht so leicht werden, sich reinzuwaschen. Es muß jedem kranken Eisenbahner — und nicht nur denen — geradezu unvermeidlich erscheinen, daß der Zentralvorstand des D. E. V. die offensichtlichsten Maschinen des Ministeriums und das Gehalt des Beirates so ruhig hinbringt. Und es ist nicht zu verwundern, wenn die Eisenbahner jetzt in den schwersten Stunden, in denen die junge Organisation steht, nach einer Generalversammlung rufen, nach einer andern Besetzung des Vorstandes, damit der unter schwierigsten Umständen aufgebaute Verband nicht zur Untätigkeit verurteilt wird.

Unendlich schwere langwierige Kämpfe hat der Verband gegen die Geheimratswirtschaft geführt, was eine Flut von Strafprozessen und sonstigen Verfolgungen nach sich zog. Aber auch innerhalb der Organisation sind die Gewirtswehen noch nicht überstanden, und es ist grundverkehrt und für die Weiterentwicklung schädlich, gewaltsam in diesen Prozess einzugreifen zu wollen. Durch die „Reorganisation“ werden die Vertrauensleute des Verbandes, die man kurzerhand zu „Beherrschern“ stampelt, auf die Straße gesetzt, dem grünen Glend überliefert. Der Genosse Freinagel-Franfurt, Mitglied des Zentralrates, ist gekündigt worden. Auf Betreiben Brunner's ist es am 31. Januar in Berlin leider gelungen, mit 28 gegen 24 Stimmen den Zentralrat der Eisenbahner zu besetzen. Die Abstimmung ist aber dennoch ein Zeichen, daß es unter den meist rechtssozialistischen Vertrauensleuten nunmehr zu dämmern beginnt. Die Leitung der Organisation scheint völlig ratlos zu sein. Sie glaubt, durch einen